

Bulgarien

JOHANNA DEIMEL

Bulgarien wird nicht in der ersten Erweiterungsrunde dabei sein. Der Europäische Rat hat im Dezember 2003 in Kopenhagen die Weichen für den Beitritt auf 2007 verlegt. Und doch ist das anvisierte und in Kopenhagen wie auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki im Juni 2003 bestätigte Beitrittszieldatum 2007 eine klare Perspektive, die dem internationalen Ansehen Bulgariens Auftrieb gibt. Damit ist nicht nur der Prozess der Integration nahezu unumkehrbar, Bulgarien erfährt auch Anerkennung dafür, dass bis Mitte 2003 alle 30 Kapitel geöffnet und 25 davon bereits vorläufig geschlossen wurden.¹ Der zentrale Satz im Bericht der Kommission 2002 war, dass endlich Bulgarien eine „funktionierende Marktwirtschaft“ attestiert wurde und „mittelfristig in der Lage sein dürfte, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union standzuhalten“.² Im nachgelegten Fahrplan für Bulgarien³ legte die Kommission klare Prioritäten fest, denen sich Bulgarien verstärkt widmen müsse, um das Ziel 2007 tatsächlich zu erreichen. Hierzu werden bis 2006 die Finanzmittel um zusätzliche 40% aufgestockt. Zu den Schwerpunkten gehören: Landwirtschaft, Verkehr, Umwelt, Reform der Justiz und der Verwaltung. Gerade in den letztgenannten Bereichen zieht die Kommission die Daumenschrauben an. In ungewöhnlicher Deutlichkeit ist davon die Rede, dass in Bulgarien die Strukturen bislang nicht ausreichen, um eine „solide und effiziente Verwaltung der EG-Mittel“ zu gewährleisten.

Bulgariens Außenpolitik

Die Entscheidung des Nato-Gipfels vom 21. November 2002 in Prag, mit Bulgarien in Beitrittsverhandlungen zu treten, ist ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg in die euro-atlantische Integration. Das Bulgarische Parlament ratifizierte das Beitrittsabkommen am 26. Mai 2003 und weiß für die Nato-Mitgliedschaft 63% der Bevölkerung hinter sich. Dabei hatte Bulgarien gerade in seinen außenpolitischen Positionen innerhalb der EU für Furore gesorgt. Nicht nur, dass es von 2002 bis 2003 als Mitglied des UN-Sicherheitsrates den militärischen Einsatz der USA unterstützte und den Alliierten Überflugrechte einräumte. Der bulgarische Außenminister Solomon Passy gehörte auch zu den Mitunterzeichnern der Erklärung der so genannten „Vilnius-Gruppe“ vom 5. Februar 2003, die einen harten Kurs gegen den Irak befürworteten. Doch war die Position des Außenministers innenpolitisch nicht unumstritten, selbst der bulgarische Präsident Georgi Parvanov hatte sich dezidiert gegen eine militärische Intervention im Irak ausgesprochen. Bulgarien hofft vor

allein, beim Wiederaufbau im Irak beteiligt zu werden. Obwohl US-Außenminister Colin Powell bei seinem Besuch in Sofia im Mai 2003 Bulgarien zusicherte, „President Bush has said, we don't forget friends“,⁴ drohen die USA mittlerweile mit der Streichung der Militärhilfe, sollte Bulgarien sich weiter weigern, ein bilaterales Abkommen mit den USA zum Schutz von US-Bürgern vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterzeichnen. Dass Bulgarien bislang die gemeinsame Position der EU hier nicht verlassen hat, wird in Brüssel besonders goutiert.

Undurchsichtige Verflechtung von Politik und Wirtschaft

Der Direktor des „Center for Liberal Strategies“ in Sofia, Ivan Krastev, warnte 2002 vor der Gefahr eines „langsamen Todes der Demokratie“⁵ in der Balkanregion. Die politischen Parteien würden ihre Macht zunehmend über wirtschaftliche Kanäle und Netzwerke ausüben, es ginge – vor allem auch in Bulgarien – bei Privatisierungen nicht mehr darum, den besten Käufer/Investor zu finden, sondern allein um die Frage, wem verkauft würde. Politische Macht werde zur ökonomischen. Anfang Juni 2003 ließ eine Meldung aufhorchen, wonach sich in Bulgarien vermutlich hinter jeder dritten der insgesamt 280(!) Parteien im Grunde ein Unternehmensverband verberge.⁶ Die Regularien für die Parteienfinanzierung sind äußerst schwammig und lassen viel Spielraum für undurchsichtige Finanztransfers.⁷ Die im April 2003 gescheiterten Privatisierungen von Bulgartabak und der Bulgarischen Telekom haben nicht nur zu einem „schlimmen Prestigeverlust“ der Regierung gegenüber ausländischen Investoren geführt.⁸ Bei all dem wurde auch erkennbar, wie eng Politik und Wirtschaft miteinander verflochten sind, weil das Scheitern der Privatisierung von Bulgartabak maßgeblich auf den türkisch dominierten Koalitionspartner, die Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF), zurückzuführen ist.

Ein weiterer Indikator für die Verflechtung von Politik und Wirtschaft ist der Anfang 2003 gegründete politische Club innerhalb der Parlamentsfraktion der regierenden Nationalen Bewegung Simeon II (NBSII), „Neue Zeit“ (Novoto Vreme), durch den hauptsächlich die wirtschaftlichen Interessen von den 22 Abgeordneten einem „organisierten“ Erfolg zugeführt werden sollen, wie bulgarische Kommentatoren vermuten.⁹ Ein anderes Schlaglicht auf die vermutete enge Verbindung zwischen organisierter Kriminalität und Politik warf die Ermordung von Ilija Plavlov, dem Präsidenten des größten bulgarischen Industrieunternehmens MG Corporation und eines der reichsten Männer des Balkans. Einer Hinrichtung gleich wurde der 42-Jährige am 7. März 2003 mit einem gezielten Schuss getötet, einen Tag nachdem er als Zeuge im Prozess um die bis heute nicht geklärten Umstände und Hintergründe des 1996 ermordeten ehemaligen Ministerpräsidenten Andrej Lukanov ausgesagt hatte. Plavlov, der in den neunziger Jahren nicht nur der dubiosen Holding „Multigroup“ vorgestanden war, wurde u.a. mit Geldwäsche in Verbindung gebracht und soll maßgeblicher Unterstützer der amtierenden Regierung gewesen sein.¹⁰

Seit Mai 2000 müssen zwar die Vermögensverhältnisse hoher staatlicher Führungspersonen offen gelegt werden, aber, so die Europäische Kommission in ihrem

Bericht, bestehe „noch Bedarf nach wirksamen Überwachungsmöglichkeiten“ und effektiven Sanktionsmechanismen.¹¹ Die seitens der bulgarischen Regierung eingeleiteten Reformen und vorgelegten Entwürfe für eine Verfassungsänderung im Bereich des Justizwesens reichen der Kommission nicht aus. Die Reformen rührten nicht an einer der Hauptquellen für Korruption, als nach wie vor Richter, Staatsanwälte und Ermittlungsbeamte bei Delikten, die nicht mit mindestens einer fünfjährigen Haftstrafe geahndet werden, keiner Strafverfolgung ausgesetzt sind.¹² Auch die Weltbank drohte damit, keine weiteren Kredite mehr auszuzahlen, wenn nicht die Immunität der Staatsanwälte und Richter aufgehoben wird.

Sozio-ökonomische Situation weiterhin schlecht

Die bevorstehenden Kommunalwahlen im Oktober 2003 verschärfen den Druck auf die Regierung. Auch der Internationale Währungsfonds (IMF) warnt vor einem zunehmenden politischen Druck, der zum einen aus den niedrigen Lebensstandards der Bevölkerung und zum anderen aus dem steigenden Vertrauensverlust der Regierung herrühre. Dies könnte dazu führen, dass die öffentlichen Ausgaben erhöht und der Reformkurs abgeschwächt würde.¹³ Denn nach wie vor sieht sich die Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung einer sehr schwierigen Lebenssituation gegenüber. Das Pro-Kopf-Einkommen erreicht gerade 28% des EU-Durchschnitts. Die registrierte Arbeitslosigkeit lag Ende November 2002 bei 16,8%, wobei nur ein Fünftel davon überhaupt Arbeitslosengeld – von ca. 130 Leva (67,00 Euro)¹⁴ – erhält. Da kann die Anhebung der Mindestlöhne am 1. Januar 2003 um 10% von 100 Leva (51,60 Euro) auf 150 Leva (77,40 Euro) nur kosmetischen Charakter haben. Erschwerend kommt hinzu, dass im Jahr 2002 nur 49,4% der Bulgaren im arbeitsfähigen Alter überhaupt einer Beschäftigung nachgingen. Damit weist Bulgarien die niedrigste Beschäftigungsquote der mittel- und südosteuropäischen Staaten auf.¹⁵ Schätzungen gehen davon aus, dass in Bulgarien der Bereich der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten 36,9% des BSP ausmacht.¹⁶

Demokratie ohne Wähler?

Gegenseitige Korruptionsvorwürfe gehören in Bulgarien zum gewohnten Politikstil. Der Rücktritt des stellv. Finanzministers Gati Ali Jebouri im Juni 2003 aber brachte eine neue Qualität, als die Korruptionsvorwürfe gegen Jebouri aus den eigenen Reihen der NBSII kamen. Die Schwäche der Regierung Saksoburggotski insgesamt manifestiert sich immer deutlicher in internen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition und der NBSII-Fraktion. Dort traten Friktionen und Spannungen zutage, die im Parteiaustritt von sechs Abgeordneten des Parlaments offenkundig wurden. Die abtrünnigen sechs schlossen sich im März 2003 mit weiteren vier, bereits vergangenes Jahr aus der NBSII ausgeschlossenen Parlamentariern zu einer eigenen Fraktion, als „Nationales Ideal für die Einheit“ benannt, zusammen. Durch personelle Veränderungen an der Spitze der NBSII Fraktion im Juli 2003 und im Kabinett versucht der Premier weitere Spaltungen zu verhindern und der Kritik an seinem Führungsstil zu begegnen. Allerdings musste die Regierung seit ihrem

Amtsantritt im Juni 2001 bereits vier Misstrauensvoten überstehen (zuletzt im Mai 2003).

Die Partei des Ministerpräsidenten Simeon Sakschoburggotski würde laut Umfragen derzeit nur 10% erreichen. Aber auch die anderen Parteien dümpeln auf mageren Prozentsätzen: die konservative Union Demokratischer Kräfte (UDK) auf 11%, die links-sozialistische Koalition für Bulgarien (BSP) auf immerhin noch 22%. Wären Parlamentswahlen, würde der derzeitige Koalitionspartner der NBSII, die BRF, mit nur 3% an der 4%-Klausel scheitern. Die Bürger wenden sich von der Politik ab; 43% geben an, nicht mehr zur Wahl zu gehen.¹⁷ Mit Blick auf die Kommunalwahlen und die desolaten Umfragewerte nimmt es daher nicht Wunder, dass seit kurzem die Idee einer „Expertenregierung“ (es wäre seit 1989 die dritte¹⁸) wieder auf die Agenda gehoben wird. Das politische Kalkül des Vorsitzenden der BSP, Sergej Stanishev, könnte durchaus aufgehen, im September 2003 erneut die Vertrauensfrage zu stellen und die jetzige Regierungskoalition durch eine von Sakschoburggotski weiter geführte „Expertenregierung“ unter Beteiligung der BSP zu ersetzen.

EU-Kommissar Verheugen mahnte im Juli 2003 in Sofia an, dass Bulgarien alle Kräfte sammeln und nutzen solle, damit das Ziel erreicht werde, bis 2004 die Verhandlungen abzuschließen. Der nächste Bericht der Kommission sei entscheidend. Für den EU-Beitritt haben die Regierenden die Unterstützung von 86% der Bevölkerung.¹⁹

Anmerkungen

- 1 http://europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations/pdf/stateofplay_dep_june2003.pdf
- 2 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: 2002 Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 9.10.02, S. 53.
- 3 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Fahrpläne für Bulgarien und Rumänien, Brüssel 13.11.02.
- 4 <http://www.setimes.com>, 15.05.03.
- 5 Krastev, Ivan: „The Inflexibility Trap. Frustrated Societies, Weak States and Democracy“. – Report on the State of Democracy in the Balkans, Sofia February 2002, S. 14.
- 6 Kommentar, 7.06.03.
- 7 Siehe hierzu: Open Society Institute: Corruption and Anti-corruption Policy in Bulgaria, Sofia 2002.
- 8 Neue Zürcher Zeitung, 27.05.03, S. 15.
- 9 Georgi Karasimeonov (Hrsg.): The Political Parties in Bulgaria (April-June 2003), Institute for Political and Legal Studies, Sofia, S. 5.
- 10 Siehe hierzu eine Reportage von Alexander Andreev: „Ein Auftragsmord in Sofia – organisierte Kriminalität und Politik in Bulgarien“, DW-Monitor, 13. 3.03, Nr. 50, S. 23. Sowie: Norbert Mappes-Niediek, Balkan-Mafia. Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa, Berlin 2003, insbes. S. 66-71.
- 11 2002 Regelmäßiger Bericht, a.a.O., S. 32.
- 12 2002 Regelmäßiger Bericht, a.a.O., S. 27.
- 13 IMF Country Report No. 03/32, February 2003, S. 3.
- 14 UNECE, Economic Survey of Europe, 2003, No.1, S. 196f.
- 15 Vladimir Gligorov / Mario Holzner and Michael Landesmann, Prospects for Further (South-) Eastern EU Enlargement: from Divergence to Convergence?, Wiii Research Report No. 296, June 2003, S. 5.
- 16 Schätzung von F. Schneider für die Jahre 1999/2000, in: Wiii Research Report No. 296, a.a.O., S. 18.
- 17 <http://www.aresearch.org/doc.php?en=0&id=18>.
- 18 1990 Expertenkaabinet Popov; 1992 Berov. Zudem gab es zwei sog. Interimskabinette (1994 Indzova; 1997 Sofijanski).
- 19 <http://www.aresaerch.org/doc.php?en=0&id=41>.